

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: 6031, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Nothelfer
und Beamten, H.-G., Dresden.
Verleger: Ernst Roth, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich der Art, der Größe oder des Inhalts höherer Stellen, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Porto mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeiter, Beamte, Soldaten, Polizei und Marine“ 2,50 M., vierteljährlich 7 M., halbjährlich 13 M., jährlich 25 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Nr. 2521, Dresden
Runde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Bettendorfer Nr. 2521 und 1277.
Verlag: Bettendorfer Nr. 2521 und 1277.
Verkaufspreis von 10 Pf. bis 1 M. nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Hauptzeile 30 Pf., die 20 mm breite Nebenzeile 20 Pf., für auswärtsige Anzeigen 40 Pf., und 250 Pf. Familienanzeigen. Stellen- und Mietanzeigen 40 Pf. Rabatt für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 156

Dresden, Freitag den 6. Juli 1928

39. Jahrg.

Die Notlösung und die Debatte

Wir haben unsere Meinung zur Regierungserklärung gestern bereits gesagt und bringen heute zur Ergänzung die Betrachtungen unserer parlamentarischen Mitarbeiter über die Reichstagsdebatte und die neue Lage. Es kommt zum gleichen Schluß wie wir: Man muß die Arbeiten der neuen Räte abwarten, ehe unsere Partei ein endgültiges Urteil fällen kann.

H. F. Wir bemerkten kürzlich, daß die Umstände, unter denen die neue Reichsregierung schließlich gebildet wurde, keine Entscheidung, sondern eine Vertagung der Entscheidung über wichtige innenpolitische Fragen bedeuten. Die Regierungserklärung, deren Länge zum Inhalt nicht paßt, bestätigt und bestärkt diese Ansicht. Noch mehr unterstrichen wird sie durch die zweitägige Debatte des Reichstags über das Programm der Regierung. Fast alle Redner der sozialistischen Regierungsparteien drückten das mehr oder weniger klar aus. Ein vorichtiges Taktieren, fables Warten auf Daten der Regierung — das ungefähre war der Kern aller dieser Stimmungsaussprüche. Dasselbe in der Sprache der Parteien, die der Regierung nahesteht. Die von der Fraktion formulierte und schriftlich fixierte Erklärung des Zentrums spricht dem Sinne nach ausdrücklich davon, daß sich die Regierung durch ihre Taten das Vertrauen der jetzt losen hinter ihr stehenden Parteien erst noch zu erwerben habe.

Ja, die Taten! Das ist der kritische Punkt, an dem die bisher hinausgeschobenen Entscheidungen fallen müssen. Die lange Regierungserklärung eröffnet zwar, wenn man sie für optimistisch auffaßt, manchen leidlichen Perspektiven. In der Hauptsache wird sie jedoch nur Fragen auf, die noch — so oder so — zu beantworten sind. Die Germania, das Hauptblatt des Zentrums, spricht von einer „zeitlichen Notlösung“. Und der Vorwärts meint, daß wir Sozialdemokraten vorläufig noch „keine reine Freude“ an der Sache haben können. Das ist ein deutlicher, wenn auch vorsichtiger Vorbehalt. Entschwerter betonte der sozialdemokratische Sprecher die Lage, wenn er erklärte: „Unsere Minister haben keine Plankommission, sie stehen unter steter Kontrolle der Fraktion und der Partei.“ Beide hätten die Aufgabe, vorwärtszutreiben. Das wollen wir festhalten, wenn darauf kommt es nun wirklich an!

Unkritisch wird die Situation eigentlich nur von dem oppositionellen Parteiführer beurteilt. Das ergab sich aus der Rede von Abg. Haas. Auf dieser Seite ist man offenbar der Meinung, daß sich nun alles, alles wenden wird, nachdem einmal die Regierung da ist. Die Vossische Zeitung — ihr leitender Redakteur, Georg Bernhardt, ist jetzt Abgeordneter — erklärt: „Das Regierungsprogramm ist kein müßiges Kompromiß, sondern eine gemeinsame Arbeit von Persönlichkeiten, die aufeinander abgestimmt sind und im wesentlichen übereinstimmen.“ Dem „müßigen“ Kompromiß ging man eben aus dem Wege, indem jede politische Feststellung vermeiden wurde. Daß Sozialdemokraten aber mit den bürgerlichen Regierungsparteien „im wesentlichen“ übereinstimmen sollen — man denke nur an die Deutsche Volkspartei —, ist, wenn nichts Schlimmeres, eine Illusion, gegen die entschieden Verwahrung eingelegt werden muß! Die Neben der beiden Hauptpartner schon sagen etwas anderes. Der Sozialdemokrat wie der Deutsche Volksparteier erklärten nämlich, daß das Regierungsprogramm wesentlich anders aussehen würde, wenn ihre Parteien — entweder diese oder jene — entscheidenden Einfluß auf seine Gestaltung hätten ausüben können. Breitscheid hat das in Bezug auf einige wichtige Fragen noch besonders betont, deren Formulierung uns allerdings zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Was z. B. über die Reichswehr gesagt ist, widerspricht der Auffassung, die in der sozialdemokratischen Partei bisher als die maßgebliche bezeichnet werden kann. Hier haben die bürgerlichen Parteien, wie es scheint, auf der ganzen Linie gefehlt.

Ebenso fragwürdig ist, was über die Gestaltung des Bauwesens gesagt und — verschwiegen wird. In den Vorstellungen über den in der Verfassung verankerten, notwendigen Gesetzwurf spielte die Frage der „Gewissensfreiheit“ eine große Rolle. Wir mußten uns heftig gegen das wenden, was das Zentrum darunter verstanden wissen will: eine völlige Freirichtung der Staatsbauleute. Unsere Fraktion ist der Meinung, daß diese Formel zu verwerfen ist, sie findet auch in der Verfassung keine Stütze. Am Regierungsprogramm fehlt sie verjüngt wieder! Und die Erklärung des Zentrums betont sie läche von neuem. Das Zentrum fordert nicht entschieden ab, „geistig-kulturellen Jugenddienst“, es wendet sich scharf gegen jede Erleichterung der Entscheidung und gegen Abmilderung der Strafbestimmungen über die Abtreibung. Die Sozialdemokraten müssen aber solche Maßnahmen auch in neuen Reichstagen fordern! Das und vieles andere ist sicher keine Übereinstimmung „im wesentlichen“.

In der Schaffung internationaler Vereinbarungen zur Senkung der hohen Zölle will man sich „kräftig betätigen“. Das ist ein Wechsel auf sehr lange Sicht. Es wird zwar viel Wasser in das Meer fließen, ehe man auf diesem Wege zu einem Ergebnis kommt, das auch nur bescheidensten Forderungen der Sozialdemokratie entspricht. Andererseits

wird im Programm die Freundschaft zur „Landwirtschaft“ derart nachdrücklich erörtert, daß man zu der Meinung kommen kann, damit solle den Deutschnationalen der Rang abgelaufen werden. Deren Redner, Graf Westarp, ließ es sich nicht entgehen, ironisch auf diesen bemerkenswerten Umstand hinzuweisen.

Sozialistische Minister haben mit einer gewissen Verbissenheit gegenüber den Kritikern und Zweiflern ausgesprochen, daß diese Regierung recht lange leben wolle, möglichst vier Jahre, bis zur nächsten Wahl. In diesen Wein wurde von allen Seiten in der Debatte über das Programm viel Wasser gegossen. Der Wille allein tut es nicht. Die Entscheidung hängt nicht von den „Persönlichkeiten“ ab, seien sie noch so stark, ihre Kräfte noch so frisch. Wollen die Minister eine feste, sichere Basis haben, dann müssen sie sich auf die Parteien verlassen können. Anders geht es nicht! Mag man noch so sehr über „Partei“ oder „Fraktionswirtschaft“ schelten. Die Parteien aber müssen wissen, woran sie miteinander sind. Vom Herbst an wird es also darauf ankommen, alle die wichtigen im Regierungsprogramm zur Prüfung und Erörterung angeordneten Fragen positiv zu beantworten. Sofort aber wird zu entscheiden sein, ob die preussische Regierung entsprechend der im Reich zu einer Großen Koalition umgewandelt, daß heißt, nach rechts erweitert werden soll. Eine sachliche Notwendigkeit dazu liegt nicht vor. Denn die preussische Weimarer Koalition hat noch der Wahl vom 20. Mai jetzt eine sichere Mehrheit. Die Deutsche Volkspartei besteht trotzdem auf der Umbildung, die unserer Meinung nach unter den obwaltenden Verhältnissen für die Sozialdemokratie untragbar ist. Soll die stärkste deutsche Partei nach ihrem schönen Wahlsieg unter das laudenswerte Zeichen einer bürgerlich-kapitalistischen Partei kriechen, die nur etwa den dritten Teil der Abgeordneten gegenüber der Sozialdemokratie im Reichstage zählt? Das wäre eine schäbliche Probe auf das Exempel vom Willen zur Macht.

Die Debatten der zwei letzten Tage brachten Aufregendes nicht. Die Neben zeigten, bei aller Zurückhaltung, das Krisenhafte der Lage auf, das nicht im Willen von Personen und der Regierung, sondern in der Sache liegt. Darüber soll man sich selbst und andere nicht täuschen. Das Regierungs-

programm mußte natürlich Kompromißcharakter tragen. Uns will aber scheinen, als ob die Rinte der Kräfte mehr zu Gunsten bürgerlicher Interessen gezogen wäre.

Nachdem alle Entscheidungen über die einzelnen wichtigen Fragen ausstehen, ist es natürlich auch noch nicht möglich, ein endgültiges Urteil über das Koalitionsexperiment zu fällen. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Banzerkreuzer und SPD.

Die Latit der Dummheit!

D. Als der Reichstag am Donnerstag im Begriff stand, den kommunistischen Antrag über den Bau des Panzerkreuzers A dem Haushaltsausschuß zu überweisen, spielten die Kommunisten das übliche Theater. Wie immer, wandten sie sich gegen die Sozialdemokratie, während sie bei der deutschnationalen Fraktion willige Hilfe fanden. Das hatte seine guten Gründe!

Die Kommunisten wollen angeblich den Bau des Panzerkreuzers verhindern. Ihre Handlungsweise lief am Donnerstag jedoch in der Praxis auf einen sofortigen Bau dieses Kreuzers hinaus, und das hatte die deutschnationalen Fraktion von vornherein richtig erkannt. Stellen wir uns nur einmal vor, daß man geteilt über den kommunistischen Antrag abgestimmt hätte? Die Folge wäre gewesen, daß sich die große Mehrheit des Reichstages für den sofortigen Bau des Panzerkreuzers entschieden hätte. Mit der Überweisung des Antrages an den Haushaltsausschuß, wie es von der Sozialdemokratie gewünscht und wie es auch beschlossen wurde, ist dagegen Zeit gewonnen. Es ist die Möglichkeit offengelassen worden, in der Zwischenzeit eine Mehrheit gegen den Panzerkreuzer zu schaffen.

Das wird jedem objektiv denkenden Arbeiter einleuchten. Die Kommunisten werden trotzdem das Gegenteil behaupten. Es bleibt dennoch dabei: mit dem Bau des Panzerkreuzers würde nach der Latit der Kommunisten sofort begonnen werden. Das hat die Sozialdemokratie am Donnerstag verhindert!

Sturz aus dem Flugzeug?

Rätselhaftes Verschwinden des Finanzmagnaten Löwenstein

Die Weltöffentlichkeit wurde am Donnerstag von einem in seiner Auswirkung noch unübersehbarer Ereignis überrascht. Der bekannte belgische Multimillionär Löwenstein, einer der reichsten und bekanntesten Bankiers der Welt, ist am Mittwoch abend auf rätselhafte Weise in den Tod gegangen. Er hinterließ eine Erbschaft von mehreren 100 Millionen Dollar.

Löwenstein war am Mittwoch abend in Begleitung zweier Sekretärinnen und eines Kammerdieners von Groudon bei London in seinem Privatflugzeug nach Brüssel gestartet. Die Maschine sauste über den Kanal in einer Geschwindigkeit von 145 Kilometer stunde, als Löwenstein sich zur Toilette begab. Von dort ist er nicht mehr zurückgekehrt. Angeblich verließ er die Tür zur Toilette und stürzte aus 500 Meter Höhe ins Meer. Als Löwenstein nach einer Viertelstunde nicht zurückgekehrt war, verließen seine Begleiterinnen die Orkade seiner langen Anwesenheit festzustellen. Mit Entsetzen stellten sie fest, daß sich Löwenstein nicht mehr in dem Flugzeug befand. Der Pilot ging sofort nieder und landete in der Nähe von Dänkirchen. Von hier aus wurden die erforderlichen Nachforschungen eingeleitet und die Angehörigen Löwensteins in Brüssel benachrichtigt. Die Gattin des Bankiers trat bereits am Donnerstag vormittag in Dänkirchen ein. Alle Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben. Das Flugzeug wurde vorläufig beschlagnahmt.

Kann man aus dem Flugzeug fallen?

In Sachverständigenkreisen neigt man der Auffassung zu, daß Löwenstein nicht verunglückt ist, sondern seinem Leben von sich aus ein Ende gemacht hat. Man verweist darauf, daß die Seitenwände der Kabinen in allen Flugzeugen allgemein mit einem Doppelriegelverschluss versehen sind, der ein unbeabsichtigtes Öffnen der Tür unmöglich macht. Abgesehen davon läme eine Verwundung der Ausgangstür mit der meist benutzbaren, aber noch hinten führenden Tür zum Passagierraum kaum in Frage. Die Aufhänger seien außerdem so angebracht, daß der Propellerwind eine etwa aufstehende Tür zumalage. Um den während des Fluges einen Leffnen entgegenstehenden Druck zu überwinden, sei eine außer gewöhnliche Kraftaufwendung erforderlich. In maßgebenden Kreisen Brüssels nimmt man ebenfalls an, daß Löwenstein Selbstmord verübt hat, da seine Finanzen in letzter Zeit mehr und mehr in Unordnung gerieten. Alle Versuche, sie zu retten, seien gescheitert.

Unfall, Freitod oder Börsenmanöver?

Paris, 6. Juli (Fig. Anst.) Über die näheren Umstände, die den Tod des belgischen Großkapitalisten Löwenstein her-

beigeführt haben, herrscht noch keine Klarheit. Die französischen Polizeibehörden haben sich mit einer oberflächlichen Vernehmung der Reisebegleiter Löwensteins begnügt und auf die Einleitung eines regelrechten Verfahrens verzichtet.

Die gesamte französische Presse steht der Version der Angehörigen Löwensteins, wonach dieser in einer Art Ohnmacht aus dem Flugzeug gestürzt sei, sehr skeptisch gegenüber. Der Petit Parisien erklärt unumwunden, daß es sich bei der ganzen Affäre vielleicht nur um ein großes Verleumdungshandeln handle. Das Flugzeug Löwensteins habe in Brabant Dunes an der belgischen Küste eine Zwischenlandung unternommen und sei erst dann nach Calais weitergefliegen, um die Angliedemung zu verbreiten. Der Petit Journal veröffentlicht ein Interview mit einem Vertrauten Löwensteins, der versichert, er glaube annehmen zu können, daß Löwenstein in wenigen Tagen wieder wohlbehalten auf der Bildfläche erscheinen werde.

Die unten und die oben

SPD. Nun sage noch einer, daß es im kapitalistischen System keine ausgleichende Gerechtigkeit gebe! In der französischen Kohlengrube Rodas la Motiere sind 40 Bergarbeiter verunglückt. Arbeiterentschuldung für tagelichen Lohn haben sie im Dunkel der Stollen geschuftet — plötzlich ein Pfiff und das Grollen der Explosion, noch ein kurzer, verzweifelter Kampf gegen den Erdrückungsstich, dann — vorbei. So endet ein Arbeiterleben voll Plage und Mühseligkeit im Dunkel der Erde, umhüllt von tödlichen Gefahren, während oben im Licht die Glückseligen dieser Welt wandeln.

Oben im Licht... Ein Riesenschiff aus Schweden von London her der französischen Küste zu. Köpfe des Besitzers an Bord, Kammerdiener, Stenotypistinnen, der Apparat eines großen Herrn der Finana, Herr Alfred Löwenstein, Bankier, Herr großer Elektro- und Ausfindungsinteressen, Herr einer Parke von Privatflugzeugen, Arbeiter. Sein Einfluß und seine Macht reicht über die Kontinente, sein Name bewegt die Börsen. Sein Leben: Geld und Macht, Sport, Pferde, Frauen, 20 Flugzeuge, 7 Häuser, einen jenseitigen Landsitz in England, einen Rennstall — alle Genüsse dieser Welt, für die unter der Erde die Mühseligen und Beladenen schaffen. Sturz aus der Höhe ins Meer — Ende eines vom Licht des Daseins erfüllten Lebens.

Ist nicht das Mißtrau der Arbeit im kapitalistischen System gerecht verteilt zwischen denen von unten und denen von oben, den Kohlenflavem im Bergwerk und dem Herrn der Weltmacht oben im Flugzeug? Aber vielleicht glauben die Witwen